

## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Interreg-Gemeinschaft ist im vergangenen Jahr wieder um ein großes Stück gewachsen: Im letzten Herbst konnten zum ersten Mal auch Projekte aus dem Donauraum ihre Ideenskizzen einreichen und sich damit um Interreg-Förderung bewerben. Am Ende des 1. Calls stand die beeindruckende Zahl von 547 eingereichten Interessensbekundungen, die einerseits zeigt, wie groß das Potenzial einer engen Zusammenarbeit der 14 Donauländer ist. Diese Begeisterung der über 5200 potenziellen Partner für Europa verdeutlicht andererseits einmal mehr, wie wichtig es ist, dass wir auch angesichts globaler Krisen zu einem integrierten Europa stehen.

2015 hat das Interreg-Programm 2014-2020 richtig Fahrt aufgenommen, erste Projekte wie NorthSEE, das wir Ihnen im aktuellen Journal auf Seite 3 vorstellen wollen, wurden schon genehmigt und nehmen in diesen Tagen ihre Arbeit auf. Insgesamt zwölf Projekte wurden nach dem 1. Call im Nordseeraum genehmigt, 35 Projekte im Ostseeraum. Im Alpenraum, in Mittel- und in Nordwesteuropa stehen die Entscheidungen noch aus. Aber auch dort war das Interesse enorm.

Wie nachhaltig und erfolgreich diese Unterstützung sein kann, zeigen wir Ihnen auf Seite 2 am Beispiel des Projekts CEP-REC, dessen Konsortialführer eza! auch über die Laufzeit der Förderung hinaus Wirtschaftsunternehmen im Allgäu zum Thema Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Reduzierung informiert und mit ihnen gemeinsam Lösungen für einen geringeren Energieverbrauch entwickelt. Die Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Partnern steht auch im Fokus unseres Querschnittsthemas auf den Seiten 7 und 8; hier finden Sie interessante Anregungen für die Partnersuche, wenn Sie sich im neuen Jahr und einem 2. Call um Interreg-Förderung bewerben wollen.

Wir wünschen Ihnen ein weiteres erfolgreiches Interreg-Jahr und viel Spaß bei der Lektüre.

Ihr Interreg-Team im BBSR



© klaas hartz (pixelio.de)

Interreg V B Reportage: CEP-REC	Seite 2
Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit: NorthSEE	Seite 3
Im Gespräch: Karl-Heinz Lambertz	Seite 4
Maritime Raumordnung	Seite 5
Querschnittsthema: Mit hohem Praxisbezug privatwirtschaftliche Partner gewinnen	Seite 7



## CEP-REC: Erneuerbare Energie von nebenan

Erneuerbare Energien sind umweltfreundlich und unerschöpflich. Egal ob aus Biomasse, Wasser, Wind oder Sonnenstrahlen gewonnen: Aufgrund ihrer Nachhaltigkeit gelten sie als wichtigste Säule der Energiewende. In mindestens 164 Staaten weltweit gibt es Ausbauziele für erneuerbare Energien. In 145 Staaten existieren Fördermaßnahmen, um sie zu verbreiten. Im Rahmen des Programms Interreg IV B Mitteleuropa wurde auch das transnationale Projekt CEP-REC (Central Europe Programme – Regional Energy Concepts) gefördert. Fünfzehn Partner aus Deutschland, Italien, Österreich, Ungarn, Slowenien, Polen, der Slowakei und Tschechien entwickelten in diesem Projekt gemeinsam Konzepte für den Einsatz erneuerbarer Energien. Leadpartner war das Energie- & Umweltzentrum Allgäu (eza!). CEP-REC lief knapp drei Jahre, doch auch über den offiziellen Projektabschluss im November 2014 hinaus ist die nachhaltige Wirkung der Initiative sichtbar.

Ziel von CEP-REC war es, erneuerbare Energieressourcen und deren Nutzung als Entwicklungsmotor für einzelne Regionen nachhaltig zu fördern. In den neun Modellregionen, unter anderem in Deutschland, Italien und Polen, führten die Projektmitglieder deshalb gründliche Analysen durch: Wie viel CO<sub>2</sub> produziert jede Region? Wieviel Strom und Wärme verbraucht sie? Und aus welchen Energieträgern setzt sich dieser Verbrauch zusammen? Mit dieser Ist-Analyse identifizierten die Partner vorhandene Potenziale und leiteten daraus Ansätze für den Einsatz erneuerbarer Energien ab. All diese Untersuchungen und Szenarien, die sich damit beschäftigen, wie der Energieverbrauch in Zukunft optimiert und vor allem grüner gestaltet werden kann, flossen in regionale Energiekonzepte für die Modellregionen ein. „Gerade in Zeiten der Energiewende spielt die regionale Ebene eine wichtige Rolle. Zwar werden auf Bundes- und Landesebene wesentliche Rahmenbedingungen gesetzt, doch konkrete Projekte müssen letztendlich auf der Ebene der Regionen, Städte und Gemeinden umgesetzt werden“, sagt Martin Sambale, Geschäftsführer von eza!.

Die Datenanalyse von CEP-REC zeigte deutlich, dass sich die Ausgangssituationen in den Modellregionen teilweise sehr stark unterscheiden. Durch die transnationale Kooperation war hier ein breiter Austausch möglich, der es den Regionen, die bei erneuerbaren Energien noch am Anfang stehen, ermöglichte, von den Erfahrungen der in diesem Thema fortschrittlicheren Regionen in Österreich, Italien und Deutschland zu profitieren. CEP-REC bildet damit eine Grundlage für den Dialog über zukünftige Energiepartnerschaften in Europa. Zudem stießen die Projektpartner Diskussionen mit den wichtigsten Akteuren in ihren jeweiligen Regionen an, um so die passenden Schwerpunkte und Projekte zu identifizieren. Um das Projekt auch der Öffentlichkeit in den Modellregionen nahezubringen, wurden in allen Regionen Wettbewerbe durchgeführt. Im Allgäu lag der Fokus des Wettbewerbs auf Eigeninitiative: Es wurden private Initiativen, Kommunen und



Unternehmen ausgezeichnet, die ein besonderes Engagement für den Einsatz erneuerbarer Energien gezeigt hatten.

Nach Beendigung des Projektes bleiben nachhaltige, strukturelle Erfolge: CEP-REC läuft im Allgäu unter dem Namen „Energiezukunft Allgäu“ weiter. CEP-REC-Leadpartner eza! plant dort eine Kampagne, mit der sich Wirtschaftsunternehmen in der Region zum Thema Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Reduzierung informieren und Lösungen für einen geringeren Energieverbrauch entwickeln können. „Diese Kampagne ist eines der wichtigsten Projekte und Bestandteil des von CEP-REC für das ganze Allgäu entwickelten Energiekonzepts. Sie soll Unternehmen motivieren, Energieberatung in Anspruch zu nehmen und auf erneuerbare Energien umzusteigen“, erklärt Martin Sambale.

.....  
**Kooperationsraum:** Mitteleuropa

**Lead Partner:** eza! Energie- und Umweltzentrum Allgäu

**Laufzeit:** 01.03.2012 – 30.11.2014

**Informationen:** [www.cep-rec.eu](http://www.cep-rec.eu)  
.....



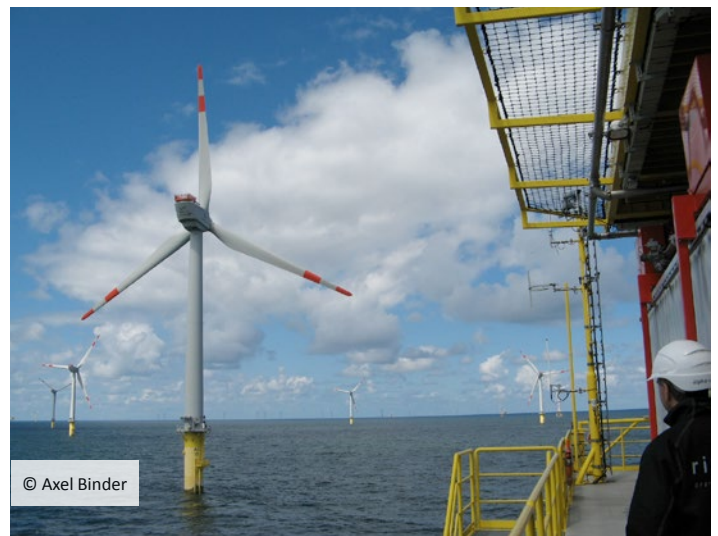
## NorthSEE: Zukunftsszenarien für die transnationale Meeresraumplanung

*In der Nordseeregion ist die Meeresraumordnung oder Maritime Raumordnung (MRO) – gerade im Vergleich zum Nachbarn Ostsee – sehr dynamisch. Mitunter gegenläufige nationale Ziele und Strategien prägen die Entwicklung der Gewässernutzung. Um eine konsistente und grenzüberschreitende Planung im Sinne der EU-Richtlinie zur MRO umsetzen zu können, ist eine enge Abstimmung und langfristige Zusammenarbeit zwischen den Planungsbehörden erforderlich. Den Grundstein für den Aufbau genau solcher fester Kooperationsstrukturen will das durch das Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit ko-finanzierte Projekt NorthSEE in der aktuellen Interreg-Förderperiode legen.*

Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) als Leadpartner, die Schottische Regierung, das Umwelt- und Infrastrukturministerium der Niederlande und zehn weitere Partner aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft wollen die nordseeweite Abstimmung über die Meeresraumpläne für die drei großen grenzüberschreitenden Bereiche Umwelt, Schifffahrt und Energie verbessern. Dafür haben die Vertreter aus sieben Nordsee-Anrainerstaaten das Projekt NorthSEE ins Leben gerufen, das im Rahmen des Interreg-Programmes Nordsee gefördert und mit 100.000 Euro aus dem Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit ko-finanziert wird. „Gemeinsam mit Planern und Interessenvertretern wollen wir die Grundlagen für einen dauerhaften transnationalen Dialog zur Meeresraumordnung legen und konkrete Zukunftsszenarien mit Zeithorizont 2050 entwickeln“, fasst Bettina Käppeler, Meeresraumplanerin im BSH, zusammen.



Der Austausch zur Raumordnung der Nordsee erfolgt bisher unregelmäßig und ist nicht institutionalisiert. Anders als in der Ostseeregion haben die meisten Nordseeländer zudem bereits eigene, nationale Meeresraumpläne in Kraft gesetzt – mit unterschiedlichen Prioritäten und Inhalten sowie uneinheitlichem, rechtlichem Status. Die Konsortialpartner des NorthSEE-Projekt wollen in ihrer Zusammenarbeit in all diesen Strategien mögliche Synergien und Gegensätze erkennen, gemeinsame Zielsetzungen erarbeiten und anregen, diese in den nationalen Plänen abzubilden. „Im Vergleich zur Ostsee, wo die meisten Länder erst jetzt mit der Raumordnung für ihre Meeresräume beginnen, wird es bei uns vor allem dort schwieriger, wo die einzelnen Staaten sich schon viele Gedanken gemacht haben“, vermutet Käppeler.



Das BSH will dennoch auf seine Erfahrungen aus der Arbeit in mittlerweile drei, teilweise abgeschlossenen, Kooperationsprojekten zur MRO im Ostseeraum zurückgreifen. Auch die Zusammenarbeit mit der HELCOM, der zwischenstaatlichen Kommission für den Schutz der Meeresumwelt im Ostseeraum, und VASAB (Visions and Strategies around the Baltic Sea), in der die für Raumordnung und -entwicklung verantwortlichen Behörden von Anrainer- und Nachbarstaaten vereinigt sind, soll wichtige Anregungen liefern. Nach diesem Vorbild will auch NorthSEE den Aufbau stabiler Verbünde anstoßen, die gemeinsam Empfehlungen und Leitlinien zur Konsultation und Beteiligung der Länder oder zur Umsetzung eines Ökosystemansatzes entwickeln können.

.....  
**Kooperationsraum:** Nordsee 

**Leadpartner:** Bundesamt für Schifffahrt und Hydrographie (BSH)

**Voraussichtliche Laufzeit:** Q1 2016 – Q4 2018  
.....

**ZUR INFORMATION:** 

Weitere Informationen zur Maritimen Raumplanung auf Nord- und Ostsee finden Sie auf Seite 5 und 6 dieses Journals.  
.....

## Karl-Heinz Lambertz: Es kommt auf die intelligente Vernetzung an



© Karl-Heinz Lambertz

Als Mitglied im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE) und im Ausschuss der Regionen (AdR) der EU sowie als Präsident der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG) sitzt Karl-Heinz Lambertz am Puls der grenzüberschreitenden Beziehungen. Der ehemalige Ministerpräsident und aktueller Parlamentspräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens spricht im Interview über die Bedeutung von Bildung, Bürokratie und sozialer Integration bei der Zusammenarbeit von Grenzregionen.

**Im Kongress KGRE und dem AdR sind Sie unter anderem für Bildungsthemen zuständig. Sollten grenzübergreifend und transnationale Beziehungen stärker im Bewusstsein der jüngeren Generation verankert werden?**

Bildung spielt eine zentrale Rolle beim Entstehen von kritischem Problembewusstsein und ergebnisorientierter Handlungsfähigkeit. Da keine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts nur auf nationaler Ebene bewältigt werden kann, ist die Verankerung internationaler Zusammenhänge im Bewusstsein junger Menschen von großer strategischer Bedeutung. Daher kommt es nicht nur auf Wissen und Informationen, sondern auch auf konkrete Erlebnisse und persönliche Kontakte an. Maßnahmen des grenzüberschreitenden Jugendaustausches erweisen sich dabei als besonders wirkungsvoll. Die prioritären Ziele transnationaler Bildungspolitik sind der Abbau von Vorurteilen, das Vermitteln von interkultureller Kommunikationsfähigkeit und transnationaler Handlungskompetenz.

**Was sollte Ihrer Meinung nach oberste Priorität bei der grenzübergreifenden Zusammenarbeit genießen?**

Oberste Priorität muss die gründliche Detailkenntnis der Situation in der jeweiligen Nachbarregion sein. Sie bildet eine unerlässliche Voraussetzung für erfolgreiche Zusammenarbeit. Welches inhaltliche Thema prioritär bearbeitet werden muss, hängt von der spezifischen Situation in der betroffenen Grenzregion ab. Unabhängig von den Inhalten kommt es immer auf den Ausbau intelligenter Vernetzungen an.

**Welche Rolle spielen die Grenzregionen im geeinten Europa?**

Die Regionen sind der lebendige Ausdruck der europäischen Vielfalt und ein wichtiger Bestandteil des Multi-Level-Governance-Systems auf EU-Ebene. Die Grenzregionen spielen eine besonders wichtige Rolle für den territorialen Zusammenhalt. Dort entscheidet sich letztendlich, ob aus Wunden der Geschichte starke Schweißnähte werden. Sie sind gleichzeitig Observatorium, Labor und Motor für die Fortentwicklung der europäischen Integration.

**Sie haben wiederholt wirtschaftliche und soziale Integration in Europa gefordert. Wie sehen Sie den aktuellen Stand, was sind Ihre Visionen und Wünsche für die Zukunft?**

Die EU kann zu Recht stolz auf die Verwirklichungen der Vergangenheit sein. Leider ist der Integrationsprozess seit einiger Zeit ins Stocken geraten. Vielerorts ist sogar von Desintegrationstendenzen die Rede. Aus meiner Sicht gibt es zur konsequenten Fortsetzung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Integration keine wünschenswerte Alternative, da alle großen Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts zumindest einen europäischen Lösungsansatz erfordern. Damit dies möglich wird, muss die EU allerdings möglichst schnell von einer gewissen Anzahl von Schiefwegen befreit werden.

**Welchen Beitrag leisten Interreg und seine Programme zu dieser Integration?**

Dieser Beitrag ist bedeutend und entscheidend. Die bisherigen Interreg-Programme haben wesentlich dazu beigetragen, entlang der Grenzen eine beachtliche Zahl an Hürden abzubauen und integrierte Verflechtungsräume entstehen zu lassen.

**Wie sind vergangene und zukünftige Bemühungen um grenzübergreifende Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingskrise zu bewerten?**

Es besteht die große Gefahr, dass die Ergebnisse jahrelanger Bemühungen innerhalb weniger Monate in Frage gestellt oder sogar zerstört werden, weil Grenzübergänge geschlossen und Grenzkontrollen wieder eingeführt werden. Außerdem stellt die Bewältigung der Flüchtlingsströme die innereuropäische Solidarität vor eine harte Bewährungsprobe, die auch für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht ohne Folgen bleibt.

**ZUR INFORMATION:**

Das vollständige Interview finden Sie auf der Webseite [www.interreg.de](http://www.interreg.de) unter Aktuelles/Meldungen.

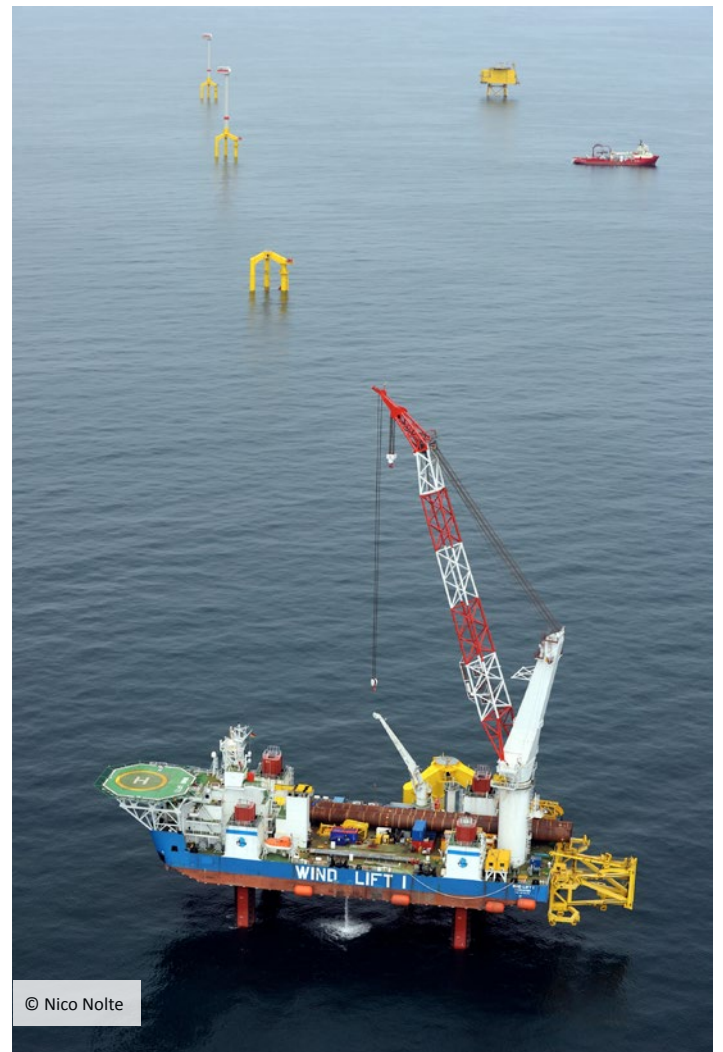
## Interessenausgleich für die Meeresraumplanung

*Ob Schiffrouten für den Güterverkehr zur See, der Schutz der Biodiversität oder die Fischerei: Um die Nutzung der Meere tobt ein harter Konkurrenzkampf, angepeitscht von einer Vielzahl an unterschiedlichen, nicht selten gegensätzlichen Interessen. Damit weder Anrainerstaaten oder Unternehmen noch Umweltschützer landunter gehen, übernimmt die Meeresraumplanung die Funktion eines Wellenbrechers gegen die Sturmflut der konkurrierenden Anliegen.*

Im Kern legt Meeresraumplanung fest, wer welchen Bereich des Meeres wie gebrauchen darf. Auf diese Weise kann das Meer nachhaltig und effizient zugleich genutzt werden. Der Weg dorthin führt für die zuständigen Behörden, wie das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) in Deutschland, zunächst über die Definition der Ziele der Meeresraumordnung. Es folgt eine detaillierte Analyse zu der Frage, welche Meeresbereiche sich für welche Nutzung eignen. In diesem Prozess ergründen die Raumplaner mögliche Konfliktzonen und versuchen Lösungen zu finden. Ein Beispiel für einen solchen Konflikt wäre der geplante Bau einer Pipeline, deren Verlauf sich mit einem Naturschutzgebiet kreuzen würde. Bei der Meeresraumplanung geht es also darum, Konflikte zu lösen und die unterschiedlichen Interessen auszubalancieren. Dafür werden in die Planungen auch Interessensvertreter, wie beispielsweise Energiekonzerne und Umweltschutzverbände, einbezogen. Neben dem Ausgleich der Interessen geht es den Meeresraumplanern auch darum, Synergien zu schaffen und so, etwa durch Kooperationen, das Wirtschaftswachstum in der Küstenregion zu fördern. Tatsächlich liefern Meeresraumpläne einen Anreiz für Investitionen und können so indirekt selbst zu einer florierenden Wirtschaft beitragen. Denn die von ihnen ausgehandelten Regeln und das transparente Verfahren der Entscheidungsfindung gibt Investoren die nötige Planungssicherheit bei der Realisierung ihrer Projekte. Ein Beispiel wäre die Förderung von Öl und Gas aus dem Meeresgrund - in vorab verbindlich skizzierten Gebieten auf See.

Welche Bedeutung die Meeresraumplanung hat, zeigte die EU-Ostseestrategie im Jahr 2009. Es war die erste makroregionale Entwicklungsstrategie der Europäischen Union überhaupt. Deren drei Ziele „Schutz der Meere“, „Verbindung der Region“ und „Wachstum des Wohlstands“ werden seither durch eine Vielzahl von Maßnahmen in unterschiedlichen Politikfeldern und Leuchtturmprojekten angestrebt. Als wesentliches Instrument ist dafür die koordinierte Meeresraumplanung der Anrainer, bestehend aus 8 EU-Staaten und 4 Nicht-EU-Staaten, vorgesehen. Doch 2009 fehlte es vielen Ländern noch an den nötigen Strukturen. Die notwendigen Gesetzesgrundlagen waren nicht vorhanden. Es gab auf Seiten der Staaten meist nicht einmal Behörden, die für die Meeresraumplanung zuständig gewesen wären. Deshalb förderte das Interreg-Programm Ostseeraum 2009-2013 das Projekt BaltSeaPlan. Dessen Aufgabe bestand im Kern darin, Strukturen für die Meeresraumplanung in den Anrainerstaaten zu schaffen. Dieses Ziel verfolgte das Projekt unter der Leitung des BSH nach fünf Gesichtspunkten: Zunächst musste die Informationsbasis verbreitert werden. Hierfür veranstaltete das Projekt BaltSeaPlan Dialogforen mit Experten und sammelte akri-

bisch alle verfügbaren Daten zur Nutzung, zu Konflikten und den Ressourcen der Ostsee zusammen. Zugleich galt es, geeignete Werkzeuge für Modelle einer Maritimen Raumordnung zu entwickeln. Zweitens widmete sich das Projekt der Aufgabe nationale sektorale Strategien der Anrainerstaaten - etwa mit Bezug zu Energiepolitik, Hafenwirtschaft oder Umweltschutz - im Hinblick auf ihre Relevanz für die Meeresraumplanung auszuwerten. Im Anschluss formulierten die Projektpartner gegenüber den Staaten Empfehlungen für eine umfassende thematische und räumliche Berücksichtigung der marinen Seegebiete in den Nationalen Strategien. Drittens entwickelte man eine gemeinsame Vision zur Ostsee im Jahr 2030. Zudem wurden geeignete Vorgehensweisen bei der Maritimen Raumplanung, viertens, in acht Pilotregionen



© Nico Nolte

# Maritime Raumordnung

demonstriert und ausgetestet. Zu guter Letzt mussten natürlich auch die Regierungen ins Boot geholt werden. BaltSeaPlan warb also für seine Idee der Maritimen Raumordnung. In diesem Zusammenhang band man Entscheider in die Planungen ein, veröffentlichte Leitfäden und Empfehlungen zur Etablierung entsprechender Strukturen und veranstaltete Workshops mit Entscheidern. Während bei BaltSeaPlan die konkreten Inhalte



und die Schaffung der Strukturen im Mittelpunkt standen, widmete sich das ebenfalls von Interreg geförderte Projekt PartiSEAPate der Prozessebene. In drei Pilotregionen testete man aus, welche Entscheidungsverfahren und Instrumente des Multi-Level-Governance für die Meeresraumplanung geeignet sind.

Die Arbeit der Projekte zahlte sich aus: In vielen Ländern gibt es heute Strukturen der Meeresraumplanung und der Ostseeraum wird als ein Vorreiter in Sachen Vernetzung und Kooperation bei der Meeresraumordnung gesehen. Sie hat europaweit Eingang in Nationale Maritime Strategien gefunden. 2014 folgte die Krönung: Die Europäische Union definierte in einer Richtlinie Mindeststandards für die Maritime Raumplanung, setzte Fristen für die Einführung entsprechender nationaler Gesetzgebung und die Erarbeitung von Meeresraumplänen, die mit den Nachbarn abgestimmt sind - und erhob das Instrument somit zu einem „Must Have“ der Meerespolitik. Sie erhält zwar die nationalen Gestaltungszielräume, fordert aber zugleich die Zusammenarbeit der Behörden ein, durch einheitliche Instrumente, Informations- und Datenaustausch. Auf diese Weise sollen grenzüberschreitende Kooperationen bei der räumlichen Planung unterstützt werden, um etwa Lösungen für Infrastruktur wie Kabel zwischen Ländern oder der Sicherung von Schifffahrtswegen zu finden.

## Interview mit Bettina Käppeler vom BSH

**Frau Käppeler, Sie sind Meeresraumplanerin beim BSH. Was waren die drei wichtigsten Lehren, die Sie bis heute aus der transnationalen Zusammenarbeit auf den Meeren gezogen haben?**

Die Interessenslagen am Verhandlungstisch können sehr unterschiedlich und sogar gegensätzlich sein. Deshalb ist es, erstens, wichtig, eine gemeinsame Sprache zu entwickeln. Nur so kann ein gemeinsames Verständnis über die Frage entstehen, was Meeresraumordnung eigentlich ist. Daran knüpft auch eine weitere Grundannahme an, die wichtig für den Erfolg ist: Was kann Meeresraumplanung leisten – und was nicht? Eine gemeinsame Sprache legt quasi das Fundament für den Aufbau einer gemeinsamen Arbeits- und Kooperationsstruktur. Deshalb ist sie unerlässlich. Zweitens, ist es für den Erfolg der Kooperation entscheidend, dass man einerseits die Unterschiede anerkennt und berücksichtigt, zum Beispiel bei den Planungskulturen oder bei den politischen Prioritäten, und andererseits aufeinander zugeht, indem man Gemeinsamkeit nutzt. Nur durch die Balance zwischen diesen beiden Polen kann man ein Projekt erfolgreich weiterentwickeln. Drittens, ist es unentbehrlich, sich auf die „wirklichen“ transnationalen Themen zu konzentrieren. Nur auf diese Weise kann man gemeinsame Szenarien entwickeln und sich gemeinsame Ziele setzen.

**Ist die Zusammenarbeit eigentlich schwieriger, wenn Nicht-EU-Staaten in die Verhandlungen eingebunden sind?**

Das kommt auf das Land an. Norwegen und Russland sind Nicht-

EU-Staaten, die naturgemäß eigene Interessen im Nord- bzw. Ostseeraum verfolgen. Bei Norwegen ist es einfach: Das skandinavische Land ist Interreg-Vertragspartner und sogar mit eigenen Fördermitteln beteiligt. Russland hat dahingegen zuletzt nicht mehr an den Programmen teilgenommen. Dadurch ist es natürlich schwieriger, Moskau in Kooperationsprojekte einzubeziehen oder auch nur gemeinsame Perspektiven und Szenarien zu entwickeln. Dennoch gibt es Wege und Fördermöglichkeiten, um russische Partner in Interreg-Projekte wie Baltic LINes einzubeziehen - Deutschland und Russland etwa thematisieren die Maritime Raumplanung auch im Rahmen bilateraler Projektzusammenarbeit.

**In welchen Bereichen sehen Sie die größten Herausforderungen für die Zusammenarbeit im Nord- und Ostseeraum bzw. bei der maritimen Raumplanung im Allgemeinen?**

Wir – d.h. die nationalen Planungsbehörden - müssen in den kommenden Jahren Vorgaben erreichen und Ziele erfüllen, die ganz unterschiedlich ausgerichtet sind. Doch ich bin zuversichtlich: Binnen weniger Jahre haben viele Ländern die Meeresraumplanung etabliert – und die EU-Richtlinie zur Meeresraumordnung hat die Entwicklung weiter befördert, sowie den Kooperationsgedanken und die grenzüberschreitende Abstimmung in den Mittelpunkt gestellt. Das mag eine Herausforderung gewesen sein, aber es war mit Sicherheit ein Kraftakt, der sich gelohnt hat.



## Mit hohem Praxisbezug privatwirtschaftliche Partner gewinnen

*Neben Körperschaften des Bundes, der Länder und Regionen sind auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Verbände, Vereine, Hochschulen oder Forschungseinrichtungen häufig Konsortialpartner von Interreg-Projekten. In der letzten Förderperiode haben rund ein Viertel aller Interreg-Projekte darüber hinaus einen starken Bezug zu kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) hergestellt. Und das bleibt auch wesentliches Ziel aller aktuellen Programme: der Einbezug privatwirtschaftlicher Projektpartner. Der privatwirtschaftliche Sektor ist einer der wichtigsten Adressaten von Projektergebnissen und kann einen wesentlichen Beitrag zur Verstetigung dieser leisten. Dazu müssen Unternehmen jedoch gezielt und passgenau angesprochen werden.*

Um Privatunternehmen, und dabei speziell KMU, für Interreg-Projekte zu interessieren oder gar als Partner zu gewinnen, reicht ein Appell an die unternehmerische Gesellschaftsverantwortung allein oftmals nicht aus. Die Unternehmen engagieren sich dort, wo sie einen wirtschaftlichen Nutzen für sich erkennen. Bei Interreg-Projekten sehen sie diesen in einem hohen Innovationsgrad und vor allem bei konkretem Praxisbezug. Wer also privatwirtschaftliche Projektpartner einbinden möchte, sollte deren originäre Interessen von Anfang an berücksichtigen und mögliche Geschäftsmodelle, von denen die KMU nachhaltig profitieren könnten, mitdenken. Je genauer und umfassender der Bedarf von KMU abgefragt und in die Planungen aufgenommen wird, und je besser die Bedingungen, unter denen die Unternehmen agieren, berücksichtigt werden, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die KMU sich im Interreg-Projekt oder als externer Partner engagieren.

### Ein starkes Netzwerk ist Trumpf

Über innovative Themen und den Praxisbezug hinaus sind Lerneffekte, Informationen und neue Geschäftskontakte wesentliche Erfolgsfaktoren bei der Gewinnung privatwirtschaftlicher Projektpartner. Speziell der Zugang zu branchenfremden und neuen Wertschöpfungsketten kann den Unternehmen gegenüber ein starkes Argument sein. Die Erfahrung früherer Förderprojekte mit starkem KMU-Bezug zeigt, dass Netzwerkplattformen und -veranstaltungen, die völlig unterschiedliche Akteure zusammenbringen, Unternehmen neue Perspektiven und Kontakte eröffnen und den

Anstoß für die Entwicklung branchenübergreifender Geschäftsmodelle geben.

Auch die Vernetzung von Unternehmen mit der Wissenschaft birgt im Rahmen von Interreg großes Potenzial und trägt zur Verstetigung der Innovationsförderung von KMU bei. Gelingen kann dies über die Einführung von dualen Studiengängen für KMU mit einem kompletten Bachelor-Studium und einer gleichzeitigen beruflichen Ausbildung sowie einer engen Kooperation von Kammern und Universitäten mit den Unternehmen etwa bei der Entwicklung von neuen Verfahrenstechniken, Dienstleistungen oder Produkten.

### Projektergebnisse verstetigen

Werden die Partner aus der Wirtschaft von Anfang an einbezogen, erhöht das auch wesentlich die Wahrscheinlichkeit, dass Projektergebnisse in dauerhafte Strukturen überführt werden können. Der Anwenderbezug stellt sicher, dass die Themen Praxisrelevanz besitzen, indem er aktuelle Probleme, Anforderungen und gängige Abläufe berücksichtigt. Wenn die Akteure erkennen, dass sie auch langfristig und unmittelbar vom bearbeiteten Thema profitieren können, erhöht das ihre Bereitschaft, nachhaltige Strukturen und Abläufe zu etablieren.

Mitunter bietet es sich dafür an, schon während der Projektlaufzeit erste (Zwischen-)Ergebnisse zu testen. Denn nur auf Basis zuverlässiger Evaluationsergebnisse können Lösungen, Forderungen



oder Produkte so überarbeitet werden, dass sie den genauen Anforderungen von KMU entsprechen und problemlos in deren Arbeitsprozesse und Unternehmenskultur integriert werden können. Hilfreich kann bei der Einführung von Interreg-Ergebnissen in den KMU auch eine individuelle Implementierungsberatung sein, sodass die entwickelten Förderungen passgenau dauerhaft den KMU erbracht werden.

## KMU in der Projektarbeit entlasten

In der Vergangenheit haben viele Privatunternehmen die Teilnahme an Förderprojekten wegen des hohen bürokratischen Aufwands gescheut. Mit der Einführung von Kostenpauschalen, vereinfachten Reporting- und Monitoring-Prozessen sowie der Möglichkeit der Gruppenfreistellung im EU-Beihilferecht hat Interreg in der aktuellen Förderperiode deshalb wichtige Erleichterungen für die Unternehmen geschaffen. Es gilt allerdings auch zu bedenken: KMU können nicht wie Großunternehmen über unternehmensinterne Stabsleistungen verfügen. Das KMU-Management verfügt nur über stark begrenzte Kapazitäten für die Informationsverarbeitung und Problemlösung.

Vor diesem Hintergrund sind viele KMU mit der Durchführung eigener größerer Projekte sowie ebenso mit den zeitaufwändigen Aufgaben eines Projektpartners überfordert. Unterstützung können hier entsprechende Förderorganisationen wie Kammern, Verbände und Cluster bieten, die die Aufgaben eines Konsortialpartners stellvertretend für die KMU wahrnehmen. Sie stehen im ständigen Kontakt mit KMU, können deren Bedürfnisse laufend unverfälscht in die Projektarbeit einbringen und die erzielten Ergebnisse in und mit den einzelnen KMU dauerhaft umsetzen. Gleichzeitig sollten aber immer auch Unternehmensvertreter selbst an ausgewählten Workshops und Konferenzen teilnehmen,

um ihre Anliegen und Bedürfnisse einbringen zu können. Indem sie das Projekt derart begleiten, können sie an zentralen Weichen der Projektarbeit die Projektausrichtung kontrollieren und gleichzeitig Informationen zu den Ergebnissen erhalten.

## Wirtschaftskraft bedeutet Regionalentwicklung

Nicht nur aus finanzieller Sicht ist der Einbezug von privatwirtschaftlichen Partnern für Interreg-Projekte ein Gewinn. Gerade mit einer hohen Diversität in den einzelnen Konsortien leistet Interreg einen wichtigen Beitrag zum Wissenstransfer, zum Austausch von Know-how, der Realisierung von Synergien und dem Ausschöpfen von Potenzialen in den einzelnen Regionen. Nicht zuletzt bedeutet die Verbesserung der Wirtschaftskraft, die durch die Entwicklung passgenauer Lösungen, Dienstleistungen und Produkte im Rahmen von Interreg-Projekten erreicht werden kann, auch eine starke Regionalentwicklung.

Während KMU in Deutschland 70 Prozent aller Arbeitsplätze stellen und über 80 Prozent aller neuen Arbeitsplätze schaffen, fehlt gerade in den postsozialistischen Regionen im Ostsee- und Donauroaum sowie in Mitteleuropa die langjährige Tradition dieser Unternehmen. Interreg-Projekte können in diesem Punkt einen wichtigen zum Aufbau und der Förderung von KMU legen und die Regionen nachhaltig stärken. Die Einbindung von KMU ist damit Voraussetzung für ein erfolgreiches Förderprogramm.

### ZUR INFORMATION:



Alle Querschnittsthemen mit Projektbeispielen und Interviews finden Sie auch auf der Webseite [www.interreg.de](http://www.interreg.de) unter *Projekte/Tipps zur Umsetzung*.

## Termine



Alpenraum: 11.-15. Oktober 2016 in Grassau  
**AlpenWoche**  
[www.cipra.org/de](http://www.cipra.org/de)

Ostseeraum: 08.-09. November 2016 in Stockholm, Schweden  
**Jahresforum der EU-Ostseestrategie**  
[www.balticsea-region-strategy.eu/communication/news/590719-save-the-date-7th-annual-forum](http://www.balticsea-region-strategy.eu/communication/news/590719-save-the-date-7th-annual-forum)



### IMPRESSUM

Herausgeber:  
Bundesinstitut für Bau-,  
Stadt- und Raumforschung (BBSR)  
im Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung

Ansprechpartnerin:  
Brigitte Ahlke  
Deichmanns Aue 31–37 | 53179 Bonn  
Tel.: +49 (0)228 99401-2330  
E-Mail: [interreg@bbr.bund.de](mailto:interreg@bbr.bund.de)  
[www.bbsr.bund.de](http://www.bbsr.bund.de) | [www.interreg.de](http://www.interreg.de)

Redaktion & Gestaltung:  
LoeschHundLiepold Kommunikation GmbH  
Linienstraße 154a | 10115 Berlin  
E-Mail: [bbsr@lhk.de](mailto:bbsr@lhk.de)  
[www.lhk.de](http://www.lhk.de)

